2021/15 Interview

https://www.jungle.world/artikel/2021/15/nur-wenige-wissen-von-der-kriegsschuld

Reiner Schiller-Dickhut, Vorstandsmitglied des Vereins »Respekt für Griechenland« über die Forderungen nach deutschen Reparationen

»Nur wenige wissen von der Kriegsschuld«

Interview Von **Peter Nowak**

Vor 80 Jahren überfiel die deutsche Wehrmacht Griechenland. Forderungen nach Entschädigung werden immer wieder zurückgewiesen. „Respekt für Griechenland e.V.“, mitgegründet von Reiner Schiller-Dickhut, will die Debatte um Reparationen wieder aufnehmen.

Nach der Regierungsübernahme der linken Partei Syriza in Griechenland 2015 erhob diese an Deutschland Forderungen nach Entschädigungen für die Verbrechen der deutschen Besatzer im Zweiten Weltkrieg. Daraufhin gab es hierzulande einige Monate eine Debatte über die deutsche Kriegsschuld im besetzten Griechenland, die dann schnell abebbte. Was wollen Sie mit Ihrem Verein erreichen?
Bei unserer Gründung im März 2015 waren viele von uns darüber empört, wie die EU mit Griechenland und seinem Parlament umsprang und die Bedingungen für die Kreditprogramme diktierte. Der damalige Finanzminister Wolfgang Schäuble zog Mitte 2015 in Betracht, Griechenland aus der Euro-Zone herauszuwerfen. Auch im Folgenden wurden von deutscher Seite, namentlich von Schäuble und Angela Merkel, laufend Drohungen ausgestoßen, um die Konditionen des Kreditprogramms zu diktieren und so das griechische Parlament zu Steuererhöhungen und Sozialkürzungen zu erpressen. Das war das Hauptmotiv für unsere Gründung. Die Wehrmachtsverbrechen samt der Debatte darüber und das kategorische Nein Deutschlands zu Entschädigungszahlungen war ein zweites. Umfassend aufgegriffen haben wir das Thema aber erst Anfang 2019.

Wieso verschwand das Thema damals so schnell wieder aus der öffentlichen Diskussion?
In Deutschland wie in Griechenland dominierten die Themen Schulden und Kreditprogramme. Die griechischen Bürger mussten sehen, wie sie in der Krise überleben konnten. Und in Deutschland haben Medien einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung zufolge im ersten Halbjahr 2015 zu Griechenland und auch zu Reparationsforderungen weitgehend

unsachlich, negativ und tendenziös berichtet und so die Meinung in der Bevölkerung geprägt. Auch im Bundestag überwog eine brüske Zurückweisung griechischer Positionen. Seitdem die griechischen Staatsschulden nicht mehr im Fokus sind, sind mehr Menschen in Deutschland für das Thema der unbeglichenen deutschen Kriegsschuld ansprechbar. Aber nach wie vor wissen nur wenige davon und die meisten wollen nichts davon hören.

Wie wollen Sie mit Ihrem Verein vorgehen?
Unser Ansatz ist, durch gut begründete exemplarische Forderungen das Thema der unbeglichenen Kriegsschuld überhaupt in die politische Debatte zu bringen. Dies baut auf der Erfahrung auf, dass die Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahrzehnten mit einzelnen Ländern »indirekte« oder »außergesetzliche« Beiträge zur Wiedergutmachung vereinbart und für bestimmte Verfolgtengruppen Fonds oder Stiftungen, die humanitär begründet wurden, eingerichtet hat.

Welche konkreten Forderungen haben Sie?
Wir fordern erstens eine Entschädigung an die Jüdische Gemeinde in Griechenland. Mehr als 60 00 jüdische Bürgerinnen und Bürger Griechenlands wurden in Auschwitz und Treblinka ermordet. Nach Griechenland zurückgekehrte Juden wurden beim Abkommen mit der Jewish Claims Conference von 1952 nur mit zehn Millionen US-Dollar entschädigt, also zu wenig. Spätere Forderungen jüdischer Bürger an die Bundesrepublik wurden von der deutschen Verwaltung schamlos abgewehrt; zum Beispiel wurden von ihnen Quittungen für auf der Flucht verloren gegangene Wertsachen verlangt. Unsere erste Forderung ist deshalb die Rückerstattung eines Lösegelds von damals 2,5 Milliarden Drachmen (heute etwa 45 Millionen Euro, nach Berechnung der Gemeinde, Anm. . ed.), das die Jüdische Gemeinde Thessaloniki an die Okkupanten geben musste, um Männer von Zwangsarbeit freizukaufen.

Die zweite Forderung knüpft an erfolgreiche Initiativen an, die erreicht haben, dass die französische und die niederländische Staatsbahn inzwischen Entschädigungen für von jüdischen Bürgern erhobene Transportkosten gezahlt haben; von der Deutschen Bahn wird das Gleiche gefordert.

Griechenland hat gerade auch die Rückzahlung einer Anleihe gefordert
Genau, auch wir fordern die Rückzahlung der Zwangsanleihe, die Deutschland 1942 von Griechenland erpresst hat. Diese wurde bereits bei der Pariser Reparationskonferenz 1945/1946 von der griechischen Regierung als ein Sondertatbestand abgetrennt. Inzwischen ist hinreichend belegt, dass es sich nicht um Besatzungskosten, sondern um ein zinsloses Darlehen handelte, das nur zum Teil der Deckung der Besatzungskosten diente. Rückzahlungen waren vertraglich vereinbart. Nachweislich wurden Teile des Kredits noch während des Krieges getilgt. Die noch offenen Beträge werden in offiziellen deutschen Dokumenten als »Reichsschuld« bezeichnet. Am Ende des Krieges betrug die Restschuld 476 Millionen Reichsmark. Ihr heutiger Wert wird auf 4,5 bis elf Milliarden Euro taxiert.

Zudem fordern Sie eine zweistufige Förderung des ländlichen Raums in Griechenland. Können Sie Ihr Konzept näher erläutern?
Genau wie wir unterstützen auch andere deutsche Gruppen Projekte in Opfergemeinden

im ländlichen Raum. In Deutschland lässt sich anhand solcher Projekte zeigen, wie lebendig in Griechenland die Erinnerung an die Wehrmachtsverbrechen noch ist und wie wichtig, vor dem Hintergrund der deutschen Zurückweisung von griechischen Reparationsforderungen, unabhängige Projekte in griechischen Dörfern sind. Mit der ersten Stufe, deren Projekte wir aus Spenden finanzieren, wollen wir also vorrangig um Verständnis werben. Die zweite Stufe soll einen erheblichen Beitrag leisten zum Erhalt vieler dieser Dörfer und zu ihrer zukünftigen Entwicklung. Durch die Zerstörung und Ausraubung Griechenlands von 1941 bis 1944 haben die griechische Wirtschaft und Infrastruktur Schäden erlitten, die sie in den folgenden Jahrzehnten nie wettmachen konnten. Das ging vor allem zu Lasten des ländliche Raums und in ihm verstärkt zu Lasten der Opfergemeinden und ihrer Umgebung; Projekte etwa im sozialen und Bildungsbereich müssen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.

Um welche Orte handelt es sich?
Eine dieser Opfergemeinden ist Lingiades in der Region Epirus (im Nordwesten Griechenlands, Anm. . ed.). Dort wurden im Oktober 1943 von der Wehrmacht 83 Menschen, vor allem Kinder und Ältere, ermordet. Der beeindruckende Dokumentarfilm »Der Balkon« zeigt das damalige Geschehen und wie die dort heute Lebenden dieses erinnern. Das Leid von damals, die Kränkung durch nicht geleistete Reparationen, der wirtschaftliche Zwang, sich später in Deutschland als Gastarbeiter verdingen zu müssen, die seelischen Schmerzen, in der Nachkriegszeit in Griechenland in einer Firma eines deutschen Eigentümers arbeiten zu müssen – all dies wird im Film gewärtig. Der Regisseur dieses Films stammt aus Lingiades: Er erleichtert es uns, mit der Gemeinde und einem Kulturverein gemeinsame Projekte zu entwickeln. Wir haben auch zu einer Handvoll weiterer Opfergemeinden Kontakte geknüpft, zum Beispiel Kommeno, aber bisher leider wenig verwirklicht. Es dauert, zur Zeit wegen der Pandemie umso mehr.

Gibt es politische Unterstützung in Deutschland?
Unser Positionspapier »Deutsche Kriegsschuld und Verpflichtungen gegenüber Griechenland« in der ursprünglichen Fassung von März 2019 haben unter anderem Claudia Roth und Katja Keul (beide MdB, Grüne), Jan Korte und Axel Troost (beide MdB, Linkspartei) sowie Gesine Schwan (Grundwertekommission der SPD) und Kevin Kühnert (stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD) unterzeichnet. Wir freuen uns sehr darüber, dass auf Initiative der Grünen am 25. März der Bundestag über das Thema diskutierte und je ein Antrag der Grünen und der Linkspartei behandelt wurden.

Planen Sie weitere Aktionen, um Ihre Forderungen zu verbreiten?
Die Bundestagsdebatte war – im Vergleich zu früher – ermutigend. Wir wollen verstärkt aufgeschlossene Personen in den Parteien ansprechen. Und wir wollen unsere Aktivitäten im schulischen Bereich ausdehnen: Wir haben zum Film »Der Balkon« Unterrichtsmaterial zusammengestellt, das derzeit in Rheinland-Pfalz eingesetzt wird.

© Jungle World Verlags GmbH